



Die symbolträchtige Marke von 100 Tagen im Amt dient in den Vereinigten Staaten traditionell als erste große Messlatte für den Erfolg eines Präsidenten. Im Fall von Donald Trumps zweiter Amtszeit fällt die Bilanz ernüchternd aus. Die Umfragewerte sind so tief wie nie bei einem Präsidenten zu diesem frühen Zeitpunkt – ein deutliches Signal für einen wachsenden Vertrauensverlust, der nicht nur das politische Klima in Washington, sondern auch die internationale Wahrnehmung der Vereinigten Staaten beeinflusst.

Vertrauensverlust in Rekordzeit

Aktuellen Umfragen zufolge liegt die Zustimmungsrate für Präsident Trump nach 100 Tagen bei lediglich 42 Prozent, während 53 Prozent der Befragten seine Amtsführung ausdrücklich ablehnen. Damit erreicht Trump den schlechtesten Wert aller Präsidenten seit dem Zweiten Weltkrieg zu diesem Zeitpunkt. Besonders gravierend: Laut einer PBS NewsHour/NPR/Marist-Erhebung geben 45 Prozent der Befragten ihm die Note „F“ – ein vernichtendes Urteil, das den Präsidenten in eine defensive Position zwingt.

Auch traditionell konservative Medienhäuser wie Fox News bestätigen den Abwärtstrend. Selbst unter republikanischen Wählern bröckelt die Unterstützung: Sechs Prozent derjenigen, die Trump im November 2024 erneut ihre Stimme gaben, geben heute an, diese Entscheidung zu bereuen. Damit wird deutlich, dass selbst ein Teil der republikanischen Basis das Vertrauen in die politische Führung des Präsidenten verliert.

Regieren im Hauruck-Verfahren

Die Zahl spricht für sich: 142 Executive Orders in 100 Tagen. Donald Trump hat den Einsatz präsidialer Erlässe auf ein neues Niveau gehoben. Die Maßnahmen sind weitreichend und betreffen unter anderem Einfuhrzölle, Einwanderung, Verwaltung, Handel und Finanzmärkte. So wurde eine neue Mauer entlang der Südgrenze angekündigt, tausende Stellen im öffentlichen Dienst gestrichen und eine umfassende Deregulierung des Krypto-Sektors auf den Weg gebracht.

Doch die Geschwindigkeit der politischen Entscheidungen erzeugt wirtschaftliche Turbulenzen. Die Börsen reagieren nervös, der Dollar schwankt, Investoren halten sich zurück. Besonders die erratische Zollpolitik unter anderem gegenüber China und Mexiko sorgt für Unsicherheit. Laut einer Umfrage von ABC News/Washington Post/Ipsos erwarten 72 Prozent der Amerikaner in den kommenden zwölf Monaten eine wirtschaftliche Abschwächung, 28 Prozent sprechen offen von einer drohenden Rezession.



Politische Isolation trotz republikanischer Mehrheit

Während Trump nach wie vor auf eine republikanische Mehrheit im Kongress bauen kann, scheint die parteiinterne Loyalität abzunehmen. Mehrere Senatoren meiden das Rampenlicht oder distanzieren sich vorsichtig von der präsidentialen Agenda. Selbst traditionell konservative Wirtschaftsvertreter äußern Bedenken: Elon Musk etwa kündigte an, keine weiteren Gespräche mit dem Weißen Haus führen zu wollen, solange dieses keine klare Klimastrategie vorlege.

Zudem wächst der Unmut auf lokaler Ebene. Gouverneure und Bürgermeister – auch republikanische – kritisieren die restriktiven Maßnahmen gegen Bundesbehörden, welche den Zugang zu Fördermitteln erschweren und Programme in Bildung, Infrastruktur und öffentlicher Gesundheit beeinträchtigen.

Trump gegen die Medien und die Meinungsforscher

Angesichts der schlechten Umfragewerte fährt der Präsident eine altbekannte Strategie: Er greift die Medien an und unterstellt den Meinungsforschungsinstituten Manipulation. Auf seiner Plattform „Truth Social“ nannte er jüngst eine Gruppe von Instituten „kriminell“ und forderte eine offizielle Untersuchung. „Diese Leute versuchen, das amerikanische Volk in die Irre zu führen“, schrieb Trump. Es ist ein Versuch, die Legitimität der Kritik zu untergraben und gleichzeitig die eigene Basis zu mobilisieren.

Diese Eskalation der Rhetorik trägt weiter zur politischen Polarisierung bei. Der Diskurs verschärft sich, der gesellschaftliche Zusammenhalt wird immer mehr auf die Probe gestellt. Während die Kernwählerschaft Trumps Eskapaden weiterhin mit Applaus begleitet, wächst die Zahl derjenigen, die sich von der politischen Realität in Washington abwenden.

Eine fragile Präsidentschaft in volatiler Zeit

Die ersten 100 Tage der zweiten Amtszeit Donald Trumps zeichnen das Bild eines Präsidenten, der sich in einer paradoxen Lage befindet: Auf dem Papier mit umfassender Macht ausgestattet, in der politischen Praxis jedoch zunehmend isoliert. Der institutionelle Rückhalt schwindet, die wirtschaftlichen Rahmendaten verschlechtern sich, und die internationale Bühne ist geprägt von Skepsis gegenüber der neuen US-Strategie.

Ob Trump aus dieser Lage politische Lehren zieht oder weiter auf Konfrontation setzt, bleibt



offen. Fest steht: Die kommenden Monate werden entscheidend dafür sein, ob der Präsident den Absturz in der öffentlichen Wahrnehmung stoppen kann – oder ob er dauerhaft zum Symbol eines gescheiterten Führungsstils wird.

Andreas M. Brucker

Es grüßt die Redaktion von Nachrichten.fr!

Quellen:

- PBS NewsHour / NPR / Marist Poll: How Americans Grade Trump's First 100 Days
- ABC News / Washington Post / Ipsos: Economic Fears Under Trump Administration
- Fox News Poll April 2025
- CNN / SSRS Poll: Presidential Approval Ratings
- The Daily Beast: Trump Attacks Pollsters After Humiliating Results
- Vanity Fair: Republican Support Crumbling
- The Guardian: Trumps zweites Amtsjahr beginnt mit Unruhe